



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 451.15 / 17.11.2015

Mit unserem Gesetzentwurf gibt es keine Zwangsehen von Gemeinden

Zu der Presseberichterstattung zum Antrag der Koalitionsfraktionen zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften (Drs. 18/3500) sagt die kommunalpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, **Ines Strehlau**:

Unser Antrag zur Änderung der Amtsordnung ist eine Kopie des Gesetzentwurfes vom damaligen Innenminister Schlie aus der letzten Wahlperiode (Drs.17/1663). Auch die Begründung haben wir aus dem Ursprungsantrag übernommen. Man kann uns also Plagiat vorwerfen, aber inhaltlich „Skandal“ zu schreien ist scheinheilig und wenig glaubwürdig von der CDU. Herr Schlie wird den Gesetzentwurf schließlich nicht ohne Abstimmung mit seinen FraktionskollegInnen eingebracht haben. Er wird also der CDU-Meinung entsprechen.

Die Behauptung im SHZ-Verlag, mit unserem Gesetzentwurf würden Zwangsehen von Gemeinden kommen, ist falsch! Wir ermöglichen dem Innenministerium lediglich, eine Verwaltungsgemeinschaft zwischen einem Amt und einer amtsfreien Gemeinde als milderer Mittel zur bereits bestehenden Zwangseinamtung anzuordnen. Eine Neuordnung kann notwendig sein, wenn das verbleibende Amt zu klein wird für eine eigene Verwaltung. Dann muss entschieden werden, wer die Verwaltung für die verbleibenden Gemeinden übernimmt. Dies kann in Zukunft auch eine amtsfreie Kommune sein. Bis jetzt musste die amtsfreie Kommune zwangseingeamtet werden, bevor sie die Verwaltung übernehmen konnte. Keine wirklich gute Lösung.

Der Veränderungen werden also durch aus dem Amt austretende Kommunen oder auch den demografischen Wandel ausgelöst. Das Innenministerium bekommt nur ein

Mittel in die Hand, um die Verwaltung neu zu regeln, wenn sich die Beteiligten nicht selbst einigen. Wir ändern nichts an der Mindestgröße der Ämter und führen auch keine Verwaltungsstruktur durch die Hintertür ein. Die Gemeindestrukturen werden durch unseren Gesetzentwurf nicht angetastet.

Wenn wir Grüne neue Ideen für veränderte Verwaltungsstrukturen haben, diskutieren wir sie offen und ausführlich. Klammheimlich und ohne Diskussion mit den Beteiligten läuft da nichts!
